

II- 970

der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 15. Juni 1972Nr. 534/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BLENK, *Stöhs, Haqspiel*
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend geplante Aufhebung der Steueraufsichtsstelle Dornbirn.

Es ist bekannt, daß nach einem jüngeren Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen die Aufhebung der Steueraufsichtsstellen vorgesehen ist. Im Bereich der Finanzlandesdirektion Vorarlberg bestehen derzeit nur noch drei derartige Ämter, wovon die Steueraufsichtsstelle Dornbirn zweifellos eine besondere Funktion erfüllt. Es sei daran erinnert, daß Dornbirn als die mit Abstand größte Stadt des Bundeslandes Vorarlberg, gleichzeitig auch den bevölkerungs- und industriedichtesten Bezirk des Landes repräsentiert.

Die Steueraufsichtsstelle Dornbirn hatte seit Jahren zusätzlich zu den eigentlichen Aufgaben auch die höchst verdienstvolle und verdiente Aufgabe der Regelung und Eintragung der Sonderausgaben für unselbständige Erwerbstätige übernommen. Allein in Dornbirn wohnen 11.500 Arbeiter und Angestellte, wie in den beiden Nachbargemeinden des Bezirkes Hohenems und Dornbirn zusammen nicht viel weniger.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat im Laufe der vergangenen Jahre immer wieder mit Nachdruck darauf verwiesen, daß die Finanzbehörden ihre Aufgabe verstärkt als Serviceleistungen ~~im für~~ der Bevölkerung auffassen, - daß es ein wesentliches Bestreben sei, den Kontakt zwischen Steuerbehörde und Staatsbürger zu verbessern und erleichtern. Die Aufhebung der Steueraufsichtsstelle

-2-

Dornbirn und insbesondere die Auflassung ihrer Sonderfunktion bezüglich der Sonderausgaben für Unselbständige liefere diesem Bestreben absolut zuwider.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1.) Werden Sie dafür Sorge tragen, daß die Steueraufsichtsstelle Dornbirn insbesondere ⁱⁿ ihrer langjährigen Funktion als Dienststelle für die Probleme der Sonderausgaben für Unselbständige erhalten bleibt?
- 2.) Wenn dies nicht möglich ist, in welcher anderer Weise werden Sie verhindern, daß es für die vielen tausende von Arbeitnehmern möglich bleibt, ihre Lohnsteuerprobleme (Sonderausgaben) ohne zusätzliche, kaum zumutbare Erschwerung weiterhin in Dornbirn gewahrt zu sehen?